

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Manfred Eibl

Abg. Tim Pargent

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Sebastian Körber

Abg. Benjamin Miskowitsch

Staatsministerin Kerstin Schreyer

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun zur weiteren Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

**KfW-Förderung für energieeffizientere Gebäude sofort wieder aufnehmen -
Weitere Steigerung der Kaltmieten verhindern (Drs. 18/19937)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Manfred Eibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER, das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bewilligung von KfW-Förderungen nach der Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude wurde am 24. Januar dieses Jahres mit sofortiger Wirkung vorläufig gestoppt. Betroffen sind alle drei KfW-Programmbereiche, unter anderem EH 55, EH 40 im Neubau sowie die energetische Sanierung im Bestandsbau bis auf – Ausnahme – kleinere Einzelmaßnahmen wie zum Beispiel Heizungsaustausch.

Die EH-55-Förderung soll endgültig eingestellt werden. Wie wir meinen, brauchen Betroffene jedoch sofort verlässliche Grundlagen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Vertrauen ist im politischen Zusammenhang wichtiger denn je. Auch politisch Verantwortliche müssen sich darauf verlassen, dass sich andere an Normen, Vereinbarungen und Gesetze halten. Sonst käme unser politisches System zum Erliegen.

Mit dem Stopp der KfW-Förderung für energieeffiziente Gebäude – und dies ohne Vorankündigung – hat die Bundesregierung nicht nur Kommunen und private Bauherren, sondern insbesondere auch kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen ins Mark getroffen und damit großes Vertrauen verloren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vor allem traf es diejenigen, die speziell in den Großstädten mit neuem energieeffizienten, günstigen Wohnraum dafür Sorge tragen wollen, dass sich die Situation auf dem aktuell angespannten Immobilienmarkt entspannt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsparteien, genau dies war und ist doch Ihre stete Forderung, die Sie auch immer wieder an die Staatsregierung gerichtet haben.

Die Ampel hat sich ja zum Ziel gesetzt, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu errichten. Dieses Ziel wackelt mehr denn je. Die Folgen aus dem sofortigen Förderstopp sind aktuell gravierend. Ich verweise hier auf die Auswirkungen für den sozialen Wohnungsbau, der massiv betroffen ist; denn zahlreiche Landesförderprogramme bauen auf Bundesförderung auf. Das heißt, ohne KfW-Förderung sind veranlagte Fördermieten nicht zu erreichen.

Der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, der GdW, geht davon aus, dass bei seinen Mitgliedern bundesweit rund 80.000 Wohnungen – überwiegend im Sozialwohnungsbau –, die bereits geplant waren, nun erst einmal nicht gebaut werden. Aus diesem Grunde brauchen wir grundsätzlich eine Fortsetzung der Förderung, damit die Wohnungswirtschaft die vorgegebenen niedrigen, bezahlbaren Mieten bei Sozialwohnungsbauten wirtschaftlich anbieten kann.

Was ist die Alternative? – Neue Wohnungen werden in Zukunft nach einem deutlich schlechteren Energiestandard gebaut. Dies kann doch nicht im Interesse einer neuen Regierung sein, die sich selbst als Klimaregierung bezeichnet.

Im sozialen Wohnungsbau ist es eben nicht die Wohnungswirtschaft, meine Damen und Herren, die von Förderungen profitiert; denn die Zuschüsse, sprich Subventionen, werden eins zu eins an die Mieterinnen und Mieter weitergegeben. Ohne Förderung der Kaltmieten werden die Mieten nach Berechnung des GdW und hier nach Rückmeldung aus seinen Mitgliedsunternehmen um 1,50 Euro pro Quadratmeter steigen, um

diesen Energiestandard halten zu können. Ist das das Ansinnen der Bundesregierung, die stets soziale Gerechtigkeit fordert?

Auch die Kommunen, die energetische Sanierungsmaßnahmen geplant haben, zum Beispiel im Bereich von Schulgebäuden, sind explizit betroffen. Vor diesem Hintergrund ist es uns wichtig, dass mehrere Bundesländer, darunter auch Bayern, nach dem KfW-Förderstopp eine Sonderkonferenz mit dem Bund fordern. Das unterstützen wir.

In diversen Medien und Pressemitteilungen haben wir nun etwas über ein teilweises Einlenken der Bundesregierung vernommen. Dies begrüßen wir natürlich. Aber das reicht uns bei Weitem nicht. Deshalb fordern wir die Rücknahme des Förderstopps, vor allem für die Bestandssanierung; schnellste Bearbeitung und Bewilligung gestellter Anträge für Maßnahmen des Standards EH 55; eine zeitnahe, solide, tragfähige und nachhaltige Folge­lösung für das gesamte Programm, um Förderlücken zu vermeiden. Bei einer Neuordnung der Programme müssen die Belange des sozialen Mietwohnungsbaus besonders berücksichtigt werden.

Dies wollen wir mit einer breiten Zustimmung des Bayerischen Landtags zu unserem Antrag heute unterstreichen;

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

denn Vertrauen in die Politik und deren Verlässlichkeit, meine Damen und Herren, müssen unser genereller Anspruch sein und bleiben. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vor dem nächsten Redner gebe ich die Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen bekannt. Das Erste war der Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Unabhängige Aufarbeitung und volle Durchsetzung des Rechts – Konsequenzen aus dem Münchner

Gutachten zum Missbrauch in der katholischen Kirche ziehen", Drucksache 18/19936. Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt; mit Nein haben 55 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen: null. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Das Zweite war der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konsequenzen aus Missbrauchsgutachten ziehen – Bayern braucht einen Missbrauchsbeauftragten!", Drucksache 18/19939. Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt; mit Nein haben 52 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen: null. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Nächster Redner ist der Kollege Tim Pargent von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Förderstopp der KfW-Förderung in den vorgeannten Bereichen war ganz sicher kein Glanzstück. – So sagt es Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, und ich kann ihn verstehen. Ich kann vor allem alle Antragstellerinnen und Antragsteller verstehen, die jetzt in der letzten Woche noch einen Antrag stellen wollten und denen das verwehrt bleibt.

Was ich allerdings nicht verstehen kann, sind hier die Krokodilstränen der FREIEN WÄHLER und allen voran auch der CSU. Es handelt sich wohl eher um einen typischen Oppositionsantrag, wenn man sich die Genese dieses Förderprogramms mal anschaut. Wie kam es denn zu diesem Desaster? Da können wir doch ganz offen sprechen.

Noch die alte Bundesregierung – namentlich Bundeswirtschaftsminister Altmaier und Bundesbauminister Seehofer – hat in ihren letzten Tagen das Ende der Antragstellung zum 31. Januar 2022 verkündet. Die Folge war eine Antragsflut. Zigtausend Anträge

gingen in den letzten Tagen ein. Nur mal zum Vergleich: Im ganzen Jahr 2021 gingen Anträge mit einem Fördervolumen von 6,4 Milliarden Euro ein. Bis zum Förderstopp gingen allein in diesem Jahr Anträge in Höhe von über 10 Milliarden Euro ein, die aber nur mit 5 Milliarden Euro haushalterisch hinterlegt waren. Rein haushaltsrechtlich blieb gar nichts anderes übrig; das mal zum Thema Rechtssicherheit und Vertrauen, das hier gegeben ist. Es blieb gar nichts anderes übrig, als einen Förderstopp einzulegen. Sonst wäre hier ein schwerer haushaltsrechtlicher Verstoß begangen worden.

Wir kennen diese Förderstopps übrigens in Bayern auch. Als Beispiel nenne ich das 10.000-Häuser-Programm. Beim 10.000-Häuser-Programm gab es regelmäßig Antragsstopps, weil die Haushaltsmittel aufgebraucht waren. Dieses haushalterische Problem, dieses faule Ei, hat die alte Bundesregierung der neuen Bundesregierung ins Nest gelegt. Zur Finanzierung und zu diesem Haushaltsthema verlieren Sie keine Silbe in Ihrem Antrag. Deshalb kann ich Ihnen nur den Vorwurf der bundespolitischen Fundamentalopposition machen. Sie stellen Forderungen in den Raum, ohne sich der Realität und des Sachverhalts genau anzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bundesregierung hat jedoch nicht die Hände in den Schoß gelegt und gesagt: Förderstopp, es ist alles vorbei. Nein, sie hat mit Hochdruck an einer Lösung gearbeitet und in nur einer Woche folgende Eckpunkte vorgelegt:

Erstens werden alle Anträge, die bis zum Förderstopp eingegangen sind, geprüft und, sofern korrekt, auch bewilligt. Es handelt sich um sage und schreibe 24.000 Anträge. Zweitens wird die Bundesregierung eine neue Gebädeförderung aufsetzen. Es wird eine klimapolitisch ambitionierte Förderung für den Neubau und die Sanierung geben. Für die Finanzierung der Bestandsanträge bis zum Förderstopp werden mehr als 5 Milliarden Euro aus dem Energie- und Klimafonds herangezogen. Die Bundesregierung hält gegenüber den Antragstellerinnen und Antragstellern Wort. Sie treibt mehr Geld auf, als es die alte Bundesregierung noch zur Verfügung gestellt hat. Jetzt

komme ich zur Krönung: Die Unionsfraktion im Bundestag hat schon angekündigt, gegen den Energie- und Klimafonds zu klagen. Sie hat der neuen Bundesregierung nicht nur dieses faule Ei ins Nest gelegt, sondern klagt auch gegen die Mittelherkunft für die Entschädigung der KfW-Antragsteller. Mal schauen, wie Sie das den KfW-Antragstellerinnen und KfW-Antragstellern erklären wollen.

Ich fasse zusammen: Die Herren Altmaier und Seehofer haben das Ende dieses KfW-Förderprogramms verkündet, aber zu wenig Geld dafür bereitgestellt. Die Ampel hat jetzt mehr als 5 Milliarden Euro binnen einer Woche organisiert und zur Verfügung gestellt, um den Antragstellerinnen und Antragstellern Rechnung zu tragen. Außerdem wird es ein neues Förderprogramm geben. Für das Jahr 2022 wird ein neues Förderprogramm nach dem Standard EH 40 aufgelegt. Ab dem Jahr 2023 wird es ein völlig neues klimapolitisch ambitioniertes Förderprogramm geben. Die Union hat es letztendlich verbockt. Die Ampel hat jetzt eine Lösung für diese Menschen gefunden. Wir haben es den Menschen zwar nicht versprochen, halten bei den Antragstellerinnen und Antragstellern jedoch jetzt Wort. Ich meine, alle vier Spiegelstriche des vorliegenden Antrags haben sich damit bereits erledigt.

Noch ein letztes Wort zum Thema Baupolitik und Wohnungspolitik in Bayern: Ich meine, Sie wollen mit diesem Antrag lediglich ablenken vom eigenen Versagen. Schauen Sie sich doch einmal den regelmäßigen Antragsstopp beim 10.000-Häuser-Programm an. Das war völlig normal. Die Bilanz beim Thema BayernHeim ist durchaus mager. Davon wollen Sie ebenfalls ablenken. Als Krönung kommt eine Kürzung der Wohnraumförderung um 140 Millionen Euro im aktuellen Haushaltsentwurf hinzu. Machen Sie Ihre Hausaufgaben hier in Bayern, und unterlassen Sie diese bundespolitische Oppositionsschau mit diesem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Pargent. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Eibl von den FREIEN WÄHLERN gemeldet.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Pargent, ich glaube, Sie sind auf dem Boden der Tatsachen angekommen. Zwischen Wunschgedanke und Wirklichkeit besteht ein großer Unterschied. Nicht wir, sondern die Bundeskoalition hat diese Zahlen in den Raum geworfen. Ich möchte Ihnen nur eines sagen: Die Konsequenzen und Auswirkungen dieser vorgefertigten Regelungen werden für den sozialen Wohnungsbau dramatisch sein, weil die veranlagten Mieten nicht mehr einzuhalten sind. Damit legen Sie die Branche des sozialen Wohnungsbaus wirklich flach. Das ist ein Wahnsinn, den Sie hier betreiben. Ist Ihnen das bewusst?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Tim Pargent (GRÜNE): Die Folgen des Antragsstopps merkt doch jeder dort draußen. Darüber braucht man gar nicht diskutieren. Wir können jedoch genauso wenig wie die alte Bundesregierung Geld herzaubern. Die alte Bundesregierung hat das alte Programm miserabel ausgestattet. Die Bundesregierung musste diesen Förderstopp aus haushaltsrechtlichen Gründen einlegen. Sie hat jetzt mehr als die doppelte Summe für dieses Jahr aufgetrieben, um genau diese Kaltmieten zu erwirtschaften. Ich meine, wir geben in der Bundesregierung unser Bestes, um den Antragstellerinnen und Antragstellern Rechnung zu tragen. Wir können jedoch beim besten Willen kein Geld für diese Programme herzaubern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER ist heute fast schon überholt, weil Proteste aus allen möglichen Bereichen, die mit diesem KfW-Programm zu tun haben, die Bundesregierung zum Umdenken gebracht haben. Es ist ein kapitaler Fehler, die Neubauförderung EH 55 ab dem 24.01.2022 statt dem 01.02.2022 einzustellen und die Neubauförderung EH 40 und die Sanierungsförderung auszusetzen. Claudia Kemfert, auf die sich die GRÜNEN gerne berufen, sprach heute früh um 08:30 Uhr im Fernsehen davon, dass dadurch Unsicherheit und ein massiver Vertrauensverlust entstanden seien.

Herr Pargent, das müssen Sie sich schon anheften, auch wenn Sie zu Recht sagen, dass das Kabinett Merkel und insbesondere Wirtschaftsminister Altmaier das Programm, das sehr erfolgreich ist und von vielen Menschen in Anspruch genommen wird, haben auslaufen lassen. Finanzminister Lindner hat jedoch für den Zeitraum vom 04.11.2021 bis zur Übernahme der Regierung einen Nachtragshaushalt aufgestellt. Die Anträge sind doch nicht erst nach Weihnachten eingegangen. Sicherlich hat es vorher schon Anhaltspunkte dafür gegeben, dass eine Unterfinanzierung besteht. Jetzt wird der Klimafonds herangezogen. Herr Finanzminister Lindner hat im Auftrag der Ampel-Regierung angekündigt, dass die EEG-Umlage zukünftig umgewidmet und auch aus dem Klimafonds bezahlt werden soll. Im Hinblick auf die Darstellung der Haushaltsmittel ist es auch nicht richtig, was Sie an dieser Stelle betreiben.

Entscheidend ist, dass die Anträge im Zeitraum vom 24.01.2022 bis zum 31.01.2022 hinten runterfallen. Diese fallen nicht mehr unter die bisherige Deadline zum 24.01.2022. Aus meiner Sicht ist das eine Frechheit gegenüber den Leuten, die auf diese Finanzierungen vertraut haben. Der Klima- und Umweltminister – das ist ein besonderer Affront – hat heute um 08:40 Uhr im "ZDF-Morgenmagazin" darauf hingewiesen, dass mit diesen KfW-Förderungen auch Luxusappartements gebaut worden seien. Unterscheiden wir jetzt schon bei der energetischen Sanierung zwischen teuren und günstigen Appartments? – Das bezweifle ich massiv. Vielmehr ist es zutreffend –

das hat Herr Kollege Eibl schon gesagt –, dass die normalen Bürger samt der kommunalen und sozialen Wohnungsbaugesellschaften diese KfW-Kredite in Anspruch genommen haben.

Selbst wenn Sie jetzt ein neues Programm auflegen, ist diese vorübergehende Abschaffung ein schwerer handwerklicher Fehler der GRÜNEN gewesen. Sie stellen sich immer als Weltverbesserer dar. Sie müssen jedoch auch liefern. Entscheidend ist, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – 400.000 Wohnungen in absehbarer Zeit. Wir werden Sie an Ihrem eigenen Anspruch messen. Ich möchte das zeitlich gar nicht festlegen. Das hat Herr Söder schon einmal mit dem BayernHeim-Programm gemacht. Damit ist er jetzt krachend gescheitert. Machen Sie es unbürokratisch für die Bürger.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Natascha Kohnen von der SPD-Fraktion. Frau Kohnen, bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man diesen Dringlichkeitsantrag liest, kommt es einem so vor, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, als seien Sie in den letzten Wochen aus dem Dornröschenschlaf erwacht, frei nach dem Motto: Was hätte man alles in der Bundesregierung machen können? Plötzlich fällt letzte Woche der bayerischen Bauministerin ein, ein Vorkaufsrecht für Kommunen müsse her – dasselbe Vorkaufsrecht, das dieselbe Ministerin letzten Herbst in der Bauministerkonferenz als Einzige von 16 Bauminister*innen abgelehnt hat. Plötzlich fällt der CSU diese Woche ein, dass man sich im Bundesrat damit beschäftigen müsste, die Verkaufsbereitschaft von Grundstückseigentümern zu erhöhen, während es die bayerische Bauministerin seit fast neun Monaten nicht einmal geschafft hat, das vom bisherigen Bundesbauminister Seehofer entworfene Baulandmobilisierungsgesetz für unser Bundesland in eine Verordnung zu gießen.

(Beifall bei der SPD)

Plötzlich schreien Sie in Ihrem heutigen Dringlichkeitsantrag nach einer soliden, tragfähigen und nachhaltigen Folge­lösung für das gesamte KfW-Programm. In einer Neuordnung der Förderprogramme müssten zudem die Belange des sozialen Mietwohnungsbaus angemessen berücksichtigt werden. Das – einmal ehrlich – schreien gerade die, die in Bayern 33.000 staatliche GBW-Wohnungen verkauft haben und mit ihrer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim in den letzten vier Jahren gerade einmal 234 Wohnungen meist wieder zusammengekauft haben.

Jetzt schreien Sie auch noch: Haltet den Dieb, der die KfW-Förderung gestohlen hat! Wer war denn der Dieb? – Jetzt hören Sie mir sehr genau zu, lieber Herr Eibl und liebe Kolleg*innen der CSU: Es war der CDU-Bundeswirtschaftsminister Altmaier, der am 29. Oktober mitten in den Koalitionsverhandlungen dem Verhandlungsführer der SPD eine Nachricht zukommen ließ, in der unter anderem stand – ich zitiere: Wir wollen den KfW-55-Standard in der Neubauförderung zum 1. Februar 2022 streichen und werden das nächste Woche ankündigen. – Jetzt wird es besonders interessant, Herr Eibl, ich zitiere: Damit schaffen wir euch mehr Handlungsspielraum und verhindern weitere Mitnahmeeffekte und Preissteigerungen. – Ich sage nur: Man höre und staune!

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU: Wir als SPD, GRÜNE und FDP müssen jetzt im Bund Ihr Förderchaos des Herrn Altmaier aus Ihrer Schwesterpartei sortieren. Klara Geywitz macht es.

Erstens. Alle bis zum 24. Januar eingegangenen Anträge für Sanierung EH 40 und EH 55 werden von der KfW bearbeitet und entschieden.

Zweitens. Die Sanierungsförderung für energetische Gebäudesanierung wird mit unveränderten Sanierungstatbeständen wiederaufgenommen.

Drittens. Ein neues Programm "Klimafreundliches Bauen" soll spätestens zum 1. Januar 2023 starten.

Viertens. Für den Übergang wird ein befristetes EH-40-Neubauförderprogramm mit geänderten Bedingungen aufgelegt. Dieses wird gedeckelt sein und hinsichtlich des Fördersatzes angepasst werden.

(Beifall bei der SPD)

Für den sozialen Wohnungsbau wird das Bundesbauministerium mit den Ländern ein Förderprogramm außerhalb der KfW-Förderung auflegen. Dann sind Sie am Zug. – Lieber Herr Eibl, Bayern streicht im Moment seine Mittel für den geförderten Wohnungsbau zusammen.

Lassen Sie mich mit einem Satz schließen, der Ihnen als Regierungspartei in Bayern bekannt vorkommen müsste: Der heutige Dringlichkeitsantrag der CSU ist durch aktuelles Regierungshandeln erledigt. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kohnen, Herr Kollege Eibl von den FREIEN WÄHLERN hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrte Frau Kollegin Kohnen, dies ist nicht nur ein Antrag der CSU, sondern er stammt federführend von den FREIEN WÄHLERN. Wir sind bis dato leider noch nicht in Berlin verantwortlich. Wir haben hier eine klare Handschrift. Ich frage Sie konkret: Wie stellen Sie sich in Zukunft auf Grundlage dieser Vorgaben einen sozialen Wohnungsbau mit einer KfW-40-Förderung vor, bei dem die Mieten so angelegt werden können, dass die Grundlagen für eine weitere Kofinanzierung bzw. -förderung erfüllt werden können? Diese Frage stelle ich an Sie.

Natascha Kohnen (SPD): Lieber Herr Eibl, Sie werden in den letzten Wochen – sie ist noch nicht lange im Amt – Klara Geywitz sicherlich bemerkt haben. Frau Geywitz hat federführend dafür gesorgt, dass das jetzt alles so läuft, wie es läuft. Sie wird nun ziemlich bald auch auf Sie, die FREIEN WÄHLER und die CSU, zukommen, weil sie außerhalb der KfW-Förderung Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau auf-

legen will. Dann sind Sie am Zug. Was nicht funktioniert, ist das, was Sie im Moment in den Haushaltsverhandlungen tun bzw. was Sie vorgelegt haben, nämlich dass Sie die Fördermittel für den geförderten Wohnraum zusammenstreichen. Das funktioniert nicht. Frau Geywitz hat bereits eine Milliarde Euro für den Klimaschutz zur Verfügung gestellt. Jetzt sind Sie als Land am Zug. Hier geht nichts mehr mit "Sticky Fingers" – das Geld vom Bund bleibt kleben, und wir sparen uns etwas in Bayern –, sondern jetzt geht es darum, dass man die Mittel aus dem Bund flankiert, Euro für Euro. Dann funktioniert es.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Tatsächlich scheinen die Regierungsfractionen gestern ein bisschen geschlafen zu haben. Nennen wir es gerne Dornröschenschlaf; denn alles, was Sie hier vortragen und beantragen, hat sich im Wesentlichen überholt. Ich finde es geradezu peinlich und befremdlich für zwei Parteien, die meinen, das Land Bayern regieren zu können, uns derartig dilettantische Anträge vorzulegen. Was Sie hier machen, ist in weiten Teilen ein absolutes Eigentor.

Herr Kollege Pargent und Frau Kollegin Kohnen haben es teilweise schon ausgeführt. Ich will es gerne wiederholen, damit Sie es noch einmal verinnerlichen können. Es ist geradezu aberwitzig, sich hier hinzustellen und mit dem Finger nach Berlin zu zeigen; denn so war es wirklich am 29. Oktober. Ich saß damals bei den Koalitionsverhandlungen am Tisch in Berlin, als uns das CDU-geführte Bundeswirtschaftsministerium sozusagen einen Kabinettsbeschluss vorgelegt hat, wie das Programm auszulaufen hat. Auch Ihr Parteifreund von der CSU, Horst Seehofer, saß mit am Tisch. Er war einmal Bauminister. Ich weiß, das weiß man nicht mehr; denn er hat keine Spuren in diesem

Amt hinterlassen. Er hat dies mitentschieden. Es ist peinlich, jetzt nur noch mit derartig dilettantischen Punkten zu uns zu kommen.

Viele Gründe sind schon dargelegt worden. Ansonsten wäre jetzt ein circa zweistelliger Milliardenbetrag offen. Herr Kollege Pargent hat es schon ausgeführt. Hier wäre es zu Fehlanreizen und Mitnahmeeffekten gekommen, wie es das Bundeswirtschaftsministerium bereits zu Zeiten der Großen Koalition kundgetan hat. Dies hat sich weder fachlich noch politisch verändert. Hier jetzt aus bayerischer Sicht ein solch schlechter Verlierer zu sein und letztlich von diesen Versäumnissen zu sprechen, die Sie hier in Bayern im Ressort des Ministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr eklatant an den Tag legen, das ist wirklich peinlich. Robert Habeck hat sich wegen dieser einen Woche hin oder her kommunikativ vielleicht nicht ganz glücklich verhalten, aber er musste dies aus haushaltstechnischen Gründen tun. Ich freue mich, dass der Bundesfinanzminister Christian Lindner sehr zeitnah entsprechend handlungsfähig war und die Geldmittel bereitgestellt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die 24.000 Anträge, die bis zum 24. Januar gestellt worden sind, werden weiterhin vorbehaltlich ihrer Förderfähigkeit entsprechend beschieden. Das Thema ist erledigt. Für die Effizienzhäuser mit KfW-40-Standard – hier empfehle ich Ihnen Seite 90 des Koalitionsvertrags – kann man jetzt übrigens technologieoffen – darauf bin ich stolz, dass das nicht mehr so streng vorgegeben wird, wie Sie dies zuvor zusammengewurstelt haben – neue Programme auf den Weg bringen. Dies ist angesprochen worden. Ich empfehle Ihnen hier dringend, endlich einmal Ihre Hausaufgaben in Bayern zu erledigen und davon nicht ständig abzulenken. Das Desaster bei BayernHeim haben verschiedene Kollegen bereits angesprochen. Hier sollte die bayerische Bauministerin endlich einmal etwas tun. Ich bin gespannt, was Sie uns hierzu morgen verkünden wird. Die Bayerische Bauordnung muss reformiert werden. Hier muss man etwas tun. Sie können auch WLAN in den Zügen bereitstellen und vieles andere. Die Hausaufgaben liegen in Bayern. Machen Sie doch endlich einmal Ihre Hausaufgaben hier im Land!

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Körber, danke. – Zu einer Intervention hat sich der Kollege Manfred Eibl gemeldet. Herr Eibl, bitte schön.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Körber, es wurde zwar alles wunderbar von Ihnen gesagt, vieles entspricht aber nicht der Wahrheit und ist nicht richtig. Das möchte ich an dieser Stelle einmal sagen. Mit Halbwahrheiten kommt man nicht weiter.

Jetzt stelle ich Ihnen die Frage: Wenn der durchschnittliche Standard bei Mehrfamilienhäusern EH 70 ist und wenn jetzt EH 40 neu gefordert wird, wer soll dann die Mehrkosten tragen?

Sebastian Körber (FDP): Kollege Eibl, die Halbwahrheiten konnte ich jetzt nicht wirklich erkennen. Ich gehe davon aus, dass die Ministerin hier vielleicht noch selbst das Wort ergreift. Dann kann sie uns sicherlich ausführen, mit welchen Mehrkosten man rechnet. Zur Wahrheit gehört auch, dass der hauptsächlich verwendete Standard nicht EH 70, sondern EH 55 ist.

Bevor Sie hier Märchen erzählen, lese ich Ihnen aus der "Süddeutschen Zeitung" vom 1. Februar 2022 vor – ich zitiere wörtlich –:

Der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten,

– er ist kein FDP-Mitglied –

dämpfte indes Befürchtungen, dass durch den Förderstopp die Mieten bald deutlich steigen könnten, viele der nun infrage stehenden Projekte hätten keine bezahlbaren Wohnungen zum Ziel gehabt. Er erwarte zumindest vorerst keine Mietsteigerungen. "Wenn nun bald wie angekündigt eine alternative Förderung kommt, dann sind die Auswirkungen allenfalls gering", so Siebenkotten.

Er hat genau das gemacht, was ich Ihnen empfehlen würde. Lesen Sie mal den sehr guten Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung durch.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Benjamin Miskowitsch für die CSU-Fraktion.

Benjamin Miskowitsch (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Pargent, ich danke Ihnen für Ihre selbstkritischen Worte. Sie haben sie als Einziger von allen Kolleginnen und Kollegen der drei Ampel-Parteien über die Lippen gebracht. Vielen Dank dafür. Ich weiß, dass es oftmals nicht leicht ist, hier etwas zu vertreten, was an anderer Stelle verbockt wurde.

Die Krokodilstränen habe ich nicht in den Augen. Ich bin zum Glück privilegiert. Ich wohne in einem sanierten Haus des Baujahres 1954. Die Krokodilstränen vergießen die Familien, die jetzt hinten runtergefallen sind, und zwar am 24. Januar 2022 über Nacht durch eine Ankündigung des Bundesministers.

Um diese Thematik geht es heute hauptsächlich, dass nämlich viele Familien im Stich gelassen wurden, dass sie von heute auf morgen nicht wussten, wie ihre Finanzierung jetzt aufgestellt ist. Auch wenn man jetzt zurückgerudert ist – auf gut Bairisch gesagt. Man hat die Anträge jetzt doch bis zum 24. Januar 2022 gelten lassen. Aber ehrlich gesagt hätte es das Kraut auch nicht fett gemacht, wenn man den gesamten Förderzeitraum noch berücksichtigt hätte. Diese paar Tage hätte man sicherlich noch mit reinnehmen können. Dieses Geld hätte die Ampel-Regierung sicherlich auch noch irgendwo gefunden.

(Zuruf)

Es geht hier um die Anträge "Effizienzhaus 55", die im Grunde zukünftig komplett hinten runterfallen. Ich habe im Freundes- und Bekanntenkreis einige, die versucht haben, den Standard 40 zu erreichen. Sie haben das aus diversen Gründen nicht ge-

schaft. Ich glaube schon, dass es eine massive Preissteigerung im Bau geben wird und dass die Familien dadurch wirklich deutlich stärker belastet werden.

Wenn man einmal auf die Realität schaut, muss man fragen: Was fällt in der Praxis hinten runter? – Das ist sicherlich nicht die tolle Küche, die man sich schon ausgesucht hat und die man haben möchte. Das sind auch nicht die Innentüren, die man haben möchte und bei denen man schon bei der Bemusterung war. Wenn man spart, dann spart man aus meiner Sicht zuerst einmal bei einer Photovoltaikanlage, weil man die nicht jeden Tag sieht und weil sie nicht so greifbar ist.

Ich habe durchaus Sorge, dass die Rechnung des Kollegen Habeck langfristig falsch ist. Ich glaube, wir sollten langfristig alle Familien gerade im ländlichen Bereich unterstützen.

Der Kollege Hartmann hat in der letzten Woche gesagt, dass er von den Einfamilienhäusern nicht besonders viel hält, sondern eher der Altbestand saniert werden sollte. Die Realität ist aber auch hier einfach eine andere. Es ist einfach so, dass viele Familien in ein Einfamilienhaus gerade auf dem Land ziehen wollen, weil vielleicht auch gerade ein Grundstück da ist und weil man sich loslösen möchte. Ich denke, das sollten wir akzeptieren. Ich glaube, darin unterscheiden wir als CSU und FREIE WÄHLER uns ganz deutlich von den Ampel-Parteien.

Ich glaube, dem Antrag, wie er heute vorgelegt wurde, kann man gut zustimmen. Wir wollen aus Bayern ein Signal senden. Wir wollen, dass man wirklich noch einmal darüber nachdenkt, wie diese Förderstruktur neu aufgestellt werden kann.

Ich glaube, die Ideologie, die bei dem Effizienzhaus-40-Standard ein bisschen mit-schwingt, sollte man noch einmal überdenken, damit wirklich alle Familien die Möglichkeit haben, ihr Wohnhaus so zu bauen, wie sie es sich vorstellen, und zwar natürlich unter guten Standards. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Intervention hat sich der Abgeordnete Körber gemeldet. Bitte schön.

Sebastian Körber (FDP): Herr Kollege Miskowitsch, Sie haben gerade für die CSU und die FREIEN WÄHLER gesprochen. Der Kollege Eibl hat es gerade schon gesagt, er war natürlich nicht Teil der neuen Bundesregierung – klar; denn die FREIEN WÄHLER regieren dort ja nicht, aber die CSU hat das getan. Es saßen verschiedene CSU-Bundesminister am Kabinetttisch. Der Bauminister hieß übrigens Horst Seehofer.

Vielleicht könnten Sie einmal kurz darstellen, wie aus Ihrer Sicht dieser Förderstopp zustande gekommen ist. Was glauben Sie? Welche Gründe haben Ihre Parteifreunde – die CSU saß mit am Kabinetttisch – gehabt, um dem zuzustimmen, wohingegen Sie jetzt sagen, nein, das fänden Sie alles doof? Was mögen dann die Gründe Ihrer eigenen Parteifreunde gewesen sein, so einem Mist zuzustimmen?

Benjamin Miskowitsch (CSU): Herr Körber, wissen Sie, ich habe dort nicht mit am Tisch gesessen. Wie das alles passiert ist, kann ich tatsächlich nicht beurteilen. Mir als jungem Abgeordneten geht es im Grunde genommen darum, wie mit den Leuten umgegangen wurde, die diese Anträge gestellt haben.

Wären wir jetzt noch in der Bundesregierung, wären Sie die Ersten gewesen, die ebenso einen solchen Dringlichkeitsantrag gestellt hätten. Genau darum geht es.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun die Staatsministerin Kerstin Schreyer. Frau Schreyer, bitte schön.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gerade mit dem Kollegen Aiwanger abgestimmt, dem das natürlich auch ein großes Anliegen ist. Lieber Hubert, deswegen werde ich jetzt einmal für uns beide sprechen und versuchen, alle Punkte abzuräumen.

Ja, es liegt ein Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU vor. Aus meiner Sicht ist es auch ein kluger; denn es kann ja nur logisch sein, dass wir alle der Auffassung sind, dass diese Programme weiterlaufen müssen. Ich glaube, darin gibt es in diesem Hause keinen Unterschied.

Wenn alles so wunderbar läuft, wie ich gerade die Kollegin Kohnen verstanden habe, dann besteht ja erst recht kein Grund, gegen den Antrag zu stimmen; denn dann unterstützt das die Bundesregierung an dieser Stelle.

Es wurde gerade gesagt: Am 24.01.2022 werden die Förderungen gestoppt. Die Frage ist dann auch, warum man das nicht länger laufen lassen kann. Warum dieses Datum und kein anderes? All das, was wir bis jetzt medial haben, erklärt noch nicht so genau, wie es abläuft.

Wir wissen aber schon von einem herben Vertrauensverlust bei denjenigen, die sich auf die Förderkulisse verlassen haben. Es hilft denjenigen in Bayern nicht, die jetzt hören, sie werden gegebenenfalls eine andere Art Förderung oder andere Standards bekommen; sie hatten das Geld bei dem, was sie bauen, eingerechnet.

Der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen hat eine Umfrage gemacht. Man geht davon aus, dass in Bayern der Bau von 10.000 benötigten Wohnungen verzögert oder verhindert wird, 10.000!

Ich finde es immer ganz spannend, je nachdem, in welcher Position man ist: Bei uns diskutiert man über eine Wohnung hin oder her; und hier geht es um 10.000 Wohnungen in Bayern. Da sind dann anscheinend nur die Kommunikationswege irgendwie schief gewesen.

Der Kollege Körber hat gerade gesagt, das war vielleicht ein bisschen ungeschickt, wie man in jener Woche kommuniziert hat. Ich finde das spannend. Ich bin gespannt, ob mit uns auch so sensibel umgegangen wird, wenn wir mal eine schwache Kommu-

nikation haben. Ich glaube, das ist eher nicht der Fall. Mein Vorteil ist, dass es, da wir in der Kommunikation nicht schwach sind, dieses Problem bei uns nicht geben kann.

Wir haben in der Frage zum EH-Standard 55 gesagt: Die Dinge müssen auch zum EH-40-Standard weiterlaufen. Ich glaube aber, wir müssen das jetzt nicht durchgehen.

Mir ist aber an der Stelle schon wichtig, klarzumachen – Herr Pargent, weil Sie an der Stelle gesagt haben, es sei überraschend gewesen –: Die Bauministerkonferenz hat mit Ausnahme von Thüringen am 18./19.11.2021 auf genau das Problem hingewiesen, und zwar geschlossen über alle Parteien hinweg. Sie hat gesagt: Bitte löst das. Man wusste also seit dem 18./19.11.2021, dass man das Problem lösen muss.

Wenn man dann in der Verantwortung ist, kann man natürlich nicht sagen: Dieser Teil ist von der alten Regierung und jener von der neuen. Aber nachdem hier offensichtlich so ein Aufbruch vorhanden ist und die Ampel alles kann und alles weiß und alles besser macht, hätte man das doch in der Zeit wunderbar lösen können. Denn, wie gesagt, die Bauministerkonferenz hat das, über alle Parteien hinweg, sehr klar formuliert. Insofern weiß ich nicht, warum man das offensichtlich nicht ernst genommen hat.

Frau Kollegin Kohlen hat auch die einzelnen Wohnbereiche angesprochen und formuliert, dass seinerzeit 33.000 Wohnungen verkauft worden sind. Auch wenn sie verkauft worden sind, sind sie doch immer noch da. Es ist nicht so, dass diese Wohnungen nicht mehr da sind. Es wohnt auch jemand in diesen Wohnungen. Ich finde es immer etwas schwierig, wenn so getan wird, als ob sie dann weg wären. Wenn das in Berlin nun alles so super läuft, dann haben wir insofern kein Problem, dann können wir einen einstimmigen Beschluss zu diesem Antrag fassen. Das sollte doch dann an dieser Stelle gar kein Problem sein.

Es gibt aber doch ein Problem. Wenn man nämlich sagt, man macht das mit anderen Kriterien, dann haben diejenigen, die sich auf das frühere Programm verlassen haben, nämlich ein Einnahmedefizit. Ich bin gespannt, wie man das handhabt, wenn man jetzt

sagt: Das wird alles super funktionieren. – An der Stelle bin ich gespannt, wie das funktioniert.

Es wurde mehrfach angesprochen, der Freistaat soll seiner Aufgabe gerecht werden. Ich habe es schon einmal vorgetragen, aber ich trage es gerne noch einmal vor: Wir haben drei staatliche Wohnungsbaugesellschaften. Diese haben insgesamt 16.631 Wohneinheiten im Bestand, 1.834 befinden sich im Bau, und 3.911 Wohneinheiten sind in Planung und Vorbereitung. Das ist das, was der Freistaat geschaffen hat.

Nachdem BayernHeim gerade von besonderem Interesse ist: Die Fachpolitiker wissen, wenn etwas im März 2018 entschieden wird, wenn das Unternehmen dann in drei Monaten gegründet wird, dann kann das Unternehmen niemals so schnell sein. Das weiß einfach jeder, der an den Themen solide fachlich interessiert ist. Wenn man sich das anschaut: BayernHeim hat logischerweise erst einmal gebraucht, um eine Struktur zu finden, um die Einheiten zu finden. Nun sind insgesamt rund 3.460 Wohneinheiten entweder im Bestand, im Bau oder in Planung und Vorbereitung. Das ist für die kurze Zeit doch verdammt viel. Dann von einem Desaster zu sprechen, das ist, ehrlich gesagt, zumindest unseriös. Deswegen glaube ich, an dieser Stelle muss man schon noch einmal hinschauen. Die Zahlen sprechen dafür, ja, am Anfang ist nicht so viel passiert. Die Leute mussten sich erst finden. Der damalige Geschäftsführer war alleine und hat dann mühevoll die Leute zusammengesucht. Jeder weiß, auf dem Markt gibt es nicht Massen, die da sind und sagen: Ich möchte hier sofort angreifen. Jeder, der sich das seriös anschaut, weiß, man hätte gar nicht schneller sein können. Das muss aufgebaut werden.

Herr Abgeordneter Körber hat gesagt, das ist ein dilettantischer Antrag. Herr Körber, ich glaube, eher war das dilettantisch, was gerade in Berlin abgelaufen ist. Es ist sehr schön, wenn die Argumente hier so ausgetauscht werden, dass wir vielleicht am Ende des Tages die einstimmige Unterstützung des Antrags haben. Ich bin Herrn Kollegen Eibl und auch den CSU-Kollegen sehr dankbar, dass sie hier deutlich Farbe beken-

nen. An der Stelle möchte ich auch sagen, Herr Kollege Aiwanger, Herr Kollege Füracker und im Besonderen natürlich unser Ministerpräsident haben sich eingespreizt. Es ist sehr schön, wenn die Ampel die Rufe aus Bayern hört. Wenn sie das früher gehört hätte, wenn sie auf die Bauministerkonferenz gehört hätte, wäre es noch viel besser. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bauministerkonferenz ist parteiübergreifend. Alle, mit Ausnahme von Thüringen, waren der gleichen Auffassung. Wir waren alle der gleichen Auffassung. Insofern hoffe ich jetzt auf ein einstimmiges Ergebnis und darauf, dass wir das gut hinbekommen. Wo die 400.000 Wohnungen, die die Ampel-Regierung zu bauen plant, dann herkommen, da bin ich gespannt, wenn wir heute schon mit einem Minus von 10.000 Wohnungen in Bayern beginnen. Das wird ein recht schwieriges Unterfangen. Also, bitte schön, für die Kolleginnen und Kollegen stimmen, die den Antrag formuliert haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Wir haben drei Zwischenbemerkungen. Zunächst Herr Abgeordneter Körber von der FDP. Bitte, Herr Körber.

Sebastian Körber (FDP): Frau Ministerin, die BayernHeim hat es in drei Jahren tatsächlich geschafft, 234 Wohnungen dazuzukaufen. Schauen Sie sich einmal an, was kommunale Wohnungsbaugesellschaften in ganz Bayern schaffen. Die BayernHeim schafft es, in drei Jahren in ganz Bayern ein paar Hundert Wohnungen nicht neu zu errichten, sondern zu kaufen. Das ist wirklich abenteuerlich. Ich bin sehr gespannt, wie Sie morgen versuchen werden, das zu verteidigen.

Jetzt aber zum eigentlichen Tagesordnungspunkt. Vielleicht können Sie mir einmal erklären, was der Unterschied zwischen einem KfW-Effizienzhausstandard 40 und dem Standard 55 in der Praxis ist. Was macht das für die Menschen, was macht das für die Wohnungsbaugesellschaften aus? Wie viel teurer wird es, was müsste man da mehr machen? Hat das wirklich irgendwelche nennenswerten Auswirkungen auf die Baukosten, auf die Mieten in diesem Land? Sie haben sicher mitbekommen, dass ich vor-

hin den Präsidenten des Deutschen Mieterbunds zitiert habe. Vielleicht können Sie einfach ein paar fachliche Einschätzungen dazu geben, was das technisch und in Bezug auf die Kosten für die Wohnungsbaugesellschaften hier in Bayern überhaupt ausmachen würde.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Kollege Körber, Sie stellen Fragen, die Sie eigentlich selbst beantworten können. Sie wissen doch ganz genau, dass dann, wenn sich eine Förderung plötzlich verringert, die Menschen mit der höheren Förderung kalkuliert haben. Das wissen Sie, und deshalb finde ich Ihre Frage so komisch. Sie wissen, an beiden Stellen wurde versprochen, dass gefördert wird. Daran haben die Leute sich orientiert, sie haben ihren Kredit entsprechend ausgerichtet. Doch nun werden die Förderkonstellationen anders. Gegebenenfalls will man sogar den Standard anders bemessen. Solche Dinge sind halt schwierig. Das wissen Sie doch ganz genau.

Noch einmal zu der Frage: Wohnungen kaufen? – Ja. Wir werden ganz viele verschiedene Modelle brauchen, wie man Wohnraum generiert. Manchmal wird es ein Bauunternehmen sein, das in Kooperation mit einem staatlichen Unternehmen baut. Sie wissen ganz genau, in der Frage des Erwerbs von Baurecht gibt es einen Unterschied zu den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Wenn der Staat auf die Kommune zugeht, dann ist das etwas anderes, als wenn die kommunalen Unternehmen auf die Kommunen zugehen.

Das alles sind Dinge, die Sie doch wissen. Insofern muss ich ehrlich sagen, schon die Art der Fragestellung ist komisch. Ich kann sie auch nur schwer nachvollziehen, denn Sie wissen doch ganz genau: 3.460 Wohneinheiten sind auf den Weg gebracht. Das ist für drei Jahre BayernHeim sehr, sehr, sehr gut. Das wissen Sie alle miteinander. Ich verstehe das mit der Fundamentalopposition, von der es vorhin hieß, dass wir sie angeblich in Berlin machen. Sie machen das in Reinkultur, Herr Körber. Sie gehen bewusst in Themen hinein, bei denen Sie ganz sicher wissen, dass sie kein Problem darstellen. Lassen Sie uns doch einfach miteinander schauen, wie wir den Wohnraum

finden, in konstruktiv kritischer Diskussion miteinander, anstatt nur zu schauen, wo man noch ein bisschen nörgeln kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Tim Pargent von den GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Ich beziehe mich gleich auf Ihren letzten Satz, wie wir gemeinsam Wohnraum schaffen, wie wir gemeinsam Wohnraum finden. Meine Frage: Warum haben Sie im aktuellen Haushaltsentwurf die Wohnraumförderung um 140 Millionen Euro gekürzt?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Staatsministerin Schreyer, bitte schön.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Pargent, wir haben die Wohnraumförderung nicht gekürzt, sondern – das wissen Sie – die Labo-Mittel stehen nicht zur Verfügung. Das ist etwas anderes. Der Freistaat bleibt bei seiner Höhe. Die Labo-Mittel fallen weg. Das sind Mittel, auf die wir nur Zugriff haben, wenn sie da sind. Die Labo wird man anschauen müssen und die Frage klären, wie groß der finanzielle Spielraum ist. Wenn er da ist, dann werden wir sicher auch wieder etwas bekommen. Das ist schließlich nicht in Stein gemeißelt. Was ich aber nicht kann, das ist, während einer Pandemie zu sagen, dass der bayerische Haushaltsansatz höher wird. Ich kann doch nur die Mittel ansetzen, die wir dafür haben. Sie wissen, der Ansatz ist gleich geblieben; die Labo-Mittel fallen weg.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Frau Kollegin Kohnen gemeldet. Frau Kohnen, bitte.

Natascha Kohnen (SPD): Frau Ministerin, das ist ein interessanter Satz, denn Ihr CSU-Kollege hat gerade zur Ampel gesagt: Na, die 7 Milliarden Euro werden Sie schon irgendwie aufbringen. – Nur so viel dazu, wo die Mittel überall herumliegen.

Wenn Sie das für Bayern annehmen, dann sollten Sie das für Berlin auch so sehen, dass nämlich 7 Milliarden Euro nicht einfach so aus dem Ärmel fallen.

Dann wollte ich Ihnen nur sagen, die Bundesbauministerkonferenz war am 18.11.2021. Sie wissen, wer zu diesem Zeitpunkt Bundesbauminister war. Das war Herr Seehofer. Und wer war Wirtschaftsminister? Das war Herr Altmaier. Beide waren Minister bis zum 8. Dezember 2021. Das heißt, Sie hätten die Warnung der Bauministerkonferenz in diesen drei Wochen schlicht umsetzen können. Das ist das, was Herr Habeck nun in dieser kurzen Zeit machen musste.

Noch zum Abschluss: Den letzten Satz, den ich heute gesagt habe, den habe ich von Ihnen in den letzten fünf Jahren hier im Bayerischen Landtag gelernt. Wenn Ihnen ein Antrag der Opposition als gut erscheint, dann nehmen Sie ihn nicht an, sondern dann sagen Sie einfach zu uns: Der heutige Dringlichkeitsantrag der SPD ist durch aktuelles Regierungshandeln erledigt, wir lehnen ihn ab. Diesen Satz habe ich – ich weiß nicht, wie viele Hundert Mal – in diesem Hohen Hause schon gehört. Ich wünschte mir, es wäre anders.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Staatsministerin Schreyer, bitte schön.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Frau Kollegin Kohlen, der Kollege hat nicht gesagt, dass 7 Milliarden Euro herumliegen. Herr Kollege Miskowitsch hat sehr klar formuliert, dass das alles sehr unlogisch aufgebaut ist, und das ist es auch. Also, es ist einfach unlogisch aufgebaut. Insofern hat er natürlich recht, denn vorher wurde gesagt, man hätte das Geld irgendwie besorgt. Das klingt so, als ob das keine Steuergelder wären. Man besorgt das Geld nämlich nicht, sondern man stellt es in den Haushalt ein. Genau das ist der Punkt in Berlin, wo man jetzt versucht, so eine Art Schattenhaushalt zu schaffen – ein spannendes Unterfangen,

aber das müssen die Verantwortlichen in Berlin klären, ob das gesetzlich alles passt oder nicht.

Ich verstehe Ihren Ansatz, deshalb habe ich am Anfang gesagt, die alte Regierung war zum einen Teil im Amt und die neue kam dann. Ich habe nie gesagt, dass nur die einen oder nur die anderen verantwortlich wären. Ich habe vielmehr gesagt, das war bekannt. Bekannt war das auch für die neue Regierung. Dann muss man halt überlegen, wie man das Problem löst. Das erwarte ich schon. Wissen Sie, das ist aber genau das Problem. Im Moment merke ich bei der Ampel neben einer Euphorie nicht, dass etwas von diesen Fragen gelöst wird. Deshalb ist das schon spannend. Es freut mich sehr, wenn Sie sagen, Sie hätten es von der CSU gelernt zu sagen, etwas sei wegen des aktuellen Regierungshandelns erledigt. Ich freue mich, wenn Sie noch vieles von der CSU lernen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU auf der Drucksache 18/19937 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.